



Mentalitätskorrektur bei Reha-Anträgen dringend erforderlich

komba gewerkschaft fordert Reform der Genehmigungspraxis für Reha-Maßnahmen in der Rentenversicherung. 2010 wurden 36 Prozent der Anträge abgelehnt - Tendenz steigend.

Berlin, 25. Juli 2011. Mit seiner Forderung, die Bewilligungspraxis für Rehabilitationsmaßnahmen durch die Deutsche Rentenversicherung zu reformieren, unterstützt der Bundesvorsitzende der komba gewerkschaft und stellvertretende Bundesvorsitzende des dbb beamtenbund und tarifunion Ulrich Silberbach aktuelle Initiativen der Arbeitnehmerflügel von CDU und CSU. Die restriktive Genehmigungspraxis und die steigende Anzahl von Anträgen für Rehabilitationsmaßnahmen, die durch die Rentenversicherung abgelehnt wurden, widersprechen dem Gedanken, willige und erfahrene Berufstätige vollständig wieder einzugliedern. Stattdessen würden sie zu oft vorzeitig in den Rentenstatus, wie Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, entlassen.

Gerade in den deutschen Kommunalverwaltungen mit ihren vielfältigen, differenzierten Berufsbildern gebe es zahlreiche Leistungsbereiche mit hohen Anforderungen an die Gesundheit der Beschäftigten, betont Silberbach. Ob beispielsweise bei der Straßenreinigung, der Müllabfuhr oder dem Kanalbau, beim Kranken- und Pflegepersonal, den Erzieherinnen und Erziehern in den Kitas, bei den Feuerwehren und im Nahverkehr - gerade auch im kommunalen Dienst gibt es hohe Unfall- und Erkrankungsrisiken. „Und die anhaltenden Einsparungen beim Personal bei gleichzeitig wachsendem Arbeitsdruck erhöht das Gefährdungspotential progressiv“, so der Bundesvorsitzende der Kommunalgewerkschaft.

Hinzu kommt des Weiteren die Verlängerung der Lebensarbeitszeit bis mindestens 67, in der von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter volle Einsatzkraft erwartet wird. Gerade vor diesen Hintergründen sollten alle Träger von Rehabilitationsmaßnahmen ein Interesse daran haben, die Arbeitsfähigkeit von bereits erkrankten Beschäftigten so gut es geht wieder herzustellen sowie diese langfristig zu stabilisieren. Silberbach ergänzt: „Doch die Realität sieht anders aus: Dem bereits sehr angespannten Arbeitsklima in den Kommunen, der Wirtschaft und anderen Verwaltungsbereichen steht eine nicht zu verantwortende Ablehnungspraxis der Rentenversicherung bei Reha-Anträgen gegenüber. Hier muss es eine Mentalitätskorrektur geben, die unter anderem darauf aufbaut, die Einsatzbereitschaft gepaart mit der Berufserfahrung der Antragsteller zu berücksichtigen - auch, um die Professionalität der Leistungen im öffentlichen Dienst aufrecht zu erhalten.“

Über die komba gewerkschaft:

Die komba gewerkschaft ist die einzige deutsche Fachgewerkschaft für Beschäftigte im öffentlichen Dienst der Kommunen, ihre privatisierten Dienstleistungsunternehmen und der vereinzelt im Landesdienst Tätigen. Dabei vertritt sie die beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen und ideellen Interessen ihrer Mitglieder gegenüber Politik und Arbeitgeber. Die Gewerkschaft ist demokratisch, parteipolitisch unabhängig und dezentral organisiert in 16 Landesgewerkschaften, darin in Orts- und Kreisverbände sowie Partnern.

Die komba gewerkschaft setzt sich bundesweit für über 74.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Beamtinnen und Beamten ein, wenn es unter anderem um Themen wie Tarif- und Besoldungspolitik geht. Sie ist die größte Einzel-Fachgewerkschaft im dbb beamtenbund und tarifunion. Insgesamt bilden damit über 1.250.000 Mitglieder eine starke Solidargemeinschaft.

Pressekontakt:
komba gewerkschaft
Fax 0221.91 28 52 5
www.komba.de

Antje Kümmel
Referentin Presse und Öffentlichkeitsarbeit
Tel 0221.91 28 52 28
Mobil 0177.276 0302
Mail presse@komba.de